

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 14. Dezember 2016

2528. 2016/438

Postulat von Michael Baumer (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 07.12.2016: Vorlage eines Aufgaben- und Finanzplans (AFP), der für das erste Jahr der AFP- Periode ein positives Budget vorsieht

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Michael Baumer (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2506/2016): Wir haben einige Zeit über den Aufgaben- und Finanzplan debattiert. Wir können uns vermutlich darauf einigen, dass es nicht Sinn und Zweck der Budgetdebatte im Dezember sein kann, massive Änderungen zu vollziehen, die sich bereits auf den Januar auswirken. Korrekturen am Budget sind kaum möglich. Jetzt liegt der Aufgaben- und Finanzplan vor. Im ersten Jahr dieser AFP-Periode sehen wir ein Defizit in Höhe von 133 Millionen Franken. Es handelt sich nicht nur um einen Finanz-, sondern auch um einen Aufgabenplan. Das ist richtig. Leider ist nicht aufgelistet, mit welchen Massnahmen der Stadtrat das Defizit reduzieren möchte. Nach Gemeindegesetz liegt es in der alleinigen Kompetenz des Stadtrats, den AFP zu verabschieden. Wir dürfen ihn nur zur Kenntnis nehmen. Wir haben zugestimmt, dass wir keine Erklärungen zum AFP brauchen, um ihm zustimmen zu können. Dies bedeutet aber auch, dass der Stadtrat seine Führungsaufgabe wahrnehmen soll. Wenn der Stadtrat uns den AFP vorlegt, soll er uns gleichzeitig seine Massnahmen vorlegen, die es seiner Ansicht nach braucht, um ausgeglichen budgetieren zu können. Meist sind es Entscheide, die in der Kompetenz des Gemeinderats oder der Gemeinde liegen. Umso mehr ist es nötig, dass die Weisungen gleichzeitig vorgelegt werden. Der Kanton hat alle Massnahmen aufgelistet, die er trifft, um seine Ausgaben zu korrigieren. Das dürfen wir als Gemeinderat ebenfalls erwarten, damit der Stadtrat seine Hausaufgaben nicht erst bei der Budgetklausur im April macht, sondern im Jahr vorher. Wir brauchen für die kommenden Jahre Handlungsspielraum. Es ist sinnvoll, sich das Ziel zu setzen, für 2018 bereits im Jahr vorher ausgeglichen zu budgetieren, beziehungsweise die entsprechenden Massnahmen zu präsentieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat stellt sich dieser Diskussion über den AFP. Das haben wir immer klar gesagt. In früheren Jahren wurden Aussagen zum AFP getroffen. Diese nehmen wir ernst. Wir beantragen, das Postulat aus folgenden Gründen nicht zu überweisen: Wir haben immer wieder klargemacht, dass wir die Finanzen ernst nehmen. Wir wollen eine ausgeglichene Rechnung, wir wollen den städtischen Finanzhaushalt im Gleichgewicht haben. Wir sind aber auch der Ansicht, dass fixe, statische Regeln nicht hilfreich sind. Uns war unklar, ob die FDP mit der AFP-Periode die Periode von vier Jahren meint oder das erste Jahr nach dem Budget. Das ist uns nun klargeworden. Wir*

können also ein negatives Budget vorlegen, Hauptsache das erste Planjahr fällt positiv aus. Das wäre seltsam. Zweitens ist es so, dass es Situationen geben kann, in denen es beispielsweise wegen der Wirtschaftslage Einbrüche gibt. Als die Steuern gesenkt wurden, weil man so viel Eigenkapital hatte, führte dies zu einer negativen Rechnung. Die Fixierung auf ein Jahr ist auch dadurch, dass aufgezeigt wurde, dass zwischen AFP und Rechnung eine Differenz besteht, nicht zielführend. Hätten wir einen Gewinn von 300 Millionen Franken, hätten aber nur 200 Millionen budgetiert, würde die Diskussion anders laufen. Wir erachten es als zu grosse Einschränkung, dass verlangt wird, dass die Differenz im ersten Planjahr Null betragen muss.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Die Differenz zwischen der Mehrheit sowie der einstimmigen RPK, die sagt, der Stadtrat müsse ein ausgeglichenes Budget vorlegen, und dem Postulat, ist, dass hier versucht wird, in die Finanzplanung einzugreifen. Wir haben in der RPK ausreichend über die Aufgabenverteilung diskutiert. Wenn der AFP für das erste Planjahr vom Stadtrat ausgeglichen vorgelegt werden muss, muss der Stadtrat Vorgaben für Departemente erarbeiten, welche eine Änderung der heutigen Planungsprozesse zur Folge hätten. Das wäre möglich mit pauschalen Budgetierungen. Es ist fraglich, welche Massnahmen daraus resultieren würden. Es ist wichtig, dass wir darüber sprechen, welche Massnahmen ergriffen werden in Bereichen, in denen wir als Gemeinderat die Budgetkompetenz besitzen. Die Vorstellung der FDP ist, dass der Stadtrat im September 2017 ein Budget, einen AFP und mehrere Weisungen vorlegt, die dazu führen, dass 100 oder 150 Millionen Franken eingespart werden können. Dies wird in den Spezialkommissionen diskutiert und irgendwann 2018 abgearbeitet. Diese Vorstellung ist ratsfremd. Die Spezialkommissionen werden sich nicht an die Weisung der RPK oder des Stadtrats halten. Es ist ein Postulat, welches das Ziel nicht erreicht. Wenn der Stadtrat beauftragt würde, Budgets vorzulegen, die ohne Korrekturen ausgeglichen sind, dann würden wir das Postulat unterstützen.*

Shaibal Roy (GLP): *Die GLP ist der Ansicht, dass finanzpolitische Massnahmen nötig sind. Wenn diese entsprechend beantragt und umgesetzt werden, wirken sie sich nicht nur auf das nächste Budget aus, sondern haben auch auf mittelfristiger Basis Auswirkungen. Dies würde bedeuten, dass auch im Planbudget ein entsprechend ausgeglichenes Budget eingeplant werden kann. Das ist eine Forderung, die nur so erreicht werden kann, dass langfristig greifende Massnahmen vorgeschlagen werden. Diese müssen vom Parlament unterstützt werden. Wenn diese vom Parlament entsprechend unterstützt werden, wirken sich diese Massnahmen nicht nur auf ein Jahr aus, sondern sind strukturell. Im Postulat geht es darum, nicht nur auf das nächste Budget zu planen, sondern mit strukturellen Massnahmen, die sich im AFP niederschlagen.*

Roger Liebi (SVP): *Persönlich bin ich geteilter Ansicht. Es widerspiegelt aber den Willen der meisten Parteien – ausser den Sozialdemokraten und den Grünen – dass ein ausgeglichenes Budget gefordert wird. Walter Angst (AL) hat dies ebenfalls bestätigt. Damit mindestens diese Ziele erreicht werden können, wäre das Postulat ein gangbarer Weg. Durch das neue Gemeindegesetz würden wir ein sinnvoller Instrument bekom-*

men. Innerhalb von fünf bis acht Jahren muss ein Budget, beziehungsweise eine Rechnung ausgeglichen sein. Dies wird ohnehin dazu führen, dass wir uns auf diesbezügliche Debatten einrichten müssen. Die längerfristige Planung wird wichtiger. Da ich alle Parteien, die ein ausgeglichenes Budget fordern, mit in die Pflicht nehmen möchte, unterstütze ich dieses Postulat.

Dr. Davy Graf (SP): Michael Baumer (FDP) sagte, der Kanton mache seine Hausaufgaben. Dies ist leider nicht zutreffend. Die Stadt hat keine Untertanen, sondern nur Einwohnerinnen und Einwohner. Wir können letztlich nichts weiterdelegieren, sondern müssen unsere Probleme selbst lösen. Der Kanton hat hier einfaches Spiel. Die SP wird das Postulat ablehnen. Es entspricht nicht der Natur des AFP, im Hinblick auf das erste Jahr der Periode geschönt zu werden. Stefan Urech (SVP) sprach vorhin von Budget-Kosmetik. Bei diesem Antrag handelt es sich um AFP-Kosmetik. Man kann nicht seriös arbeiten, wenn der AFP zusammengeflickt wird, damit er auf dem Papier stimmt, es aber dennoch anders kommt. So kann man auch nicht seriös planen. Es würde die Budgetdebatte sprengen, wenn wir alle Weisungen vorziehen müssten. Das Verständnis vom AFP bei der FDP ist problematisch. Severin Pflüger (FDP) schreibt, die Stadt investiere jährlich eine Milliarde Franken. Diese Milliarde ist im AFP enthalten, in der Rechnung sind es nur noch 600 Millionen Franken. Der AFP ist eine Prognose, es ist ein Instrument, mit dem die Verwaltung Massnahmen einplanen und sortieren kann. Der AFP ist eine Art Scheinriese. Wenn man sich diesem Scheinriesen annähert, wird er immer kleiner, bis er zum Budget wird und wir feststellen, dass der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht hat. In der Verwaltungsrechnung erfahren wir, dass die Verwaltung gut gearbeitet hat. Bei der Rechnung schliesslich ist der Scheinriese nicht mehr bedrohlich, sondern ein Freund.

Michael Baumer (FDP): Ich bin von Stadtrat Daniel Leupi enttäuscht. Ich verstehe nicht, was gegen dieses Postulat spricht. Über das Votum von Dr. Davy Graf (SP) bin ich entsetzt. Er hat uns erklärt, dass die Finanzplanung in der Stadt daraus besteht, dass alle Wünsche sämtlicher Dienstabteilungen aufgelistet werden. Der AFP dient dazu, Handlungsfelder zu erkennen. Stadtrat Daniel Leupi hat klargestellt, dass die Vorstellung der SP nicht zutreffend ist. Selbstverständlich müssen Massnahmen vom Gemeinderat bewilligt werden. So ist es auch beim Kanton. Der Kantonsrat war nicht über alle Massnahmen erfreut. Er musste die Massnahmen analysieren und darüber abstimmen. Hier im Gemeinderat wäre es nicht anders. Dies hat nichts mit der Kompetenz von Spezialkommissionen zu tun. Es wäre richtig, bei künftigen Planungen Korrekturmassnahmen frühzeitig anzugehen.

Das Postulat wird mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmenthalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat